Haushaltsrede Dezember 2018

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Jann, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste,

zur Verabschiedung des Haushaltes 2019 erlaube ich mir einige grundsätzliche Bemerkungen und Bewertungen und verzichte weitgehend auf die Daten und Zahlen, die uns aus vielen Ausschusssitzungen und der Klausurtagung bekannt sind und die ja auch von meinem Vorredner genannt wurden.

Die Kommunen sind die Basis unserer Demokratie.
Wenngleich man spätestens nach der Bundestagswahl auch in Mosbach sieht, dass es Bürgerinnen und Bürger gibt, die den Parolen der AfD auf den Leim gegangen sind. Bei allen kritischen Anmerkungen zur Demokratie und die sie tragenden Parteien, sollte nicht vergessen, dass wir in einem Land leben, auf das wir wirklich stolz sein können. Patriotismus darf aber niemals wieder in Nationalismus umschlagen. Dafür müssen sich auch Demokraten in Mosbach immer wieder stark machen.

Welchen Stellenwert haben unsere Städte und Gemeinden in einem funktionierenden Staatswesen?

Ich nenne einige Beispiele: Der Bürger oder die Bürgerin, die abends heimläuft, und die Laterne brennt nicht – morgens steht er auf und die Straße ist nicht vom Schnee geräumt oder die Straße ist voller Schlaglöcher. Oder er erhält einen Bescheid über Anliegerkosten (in Mosbach zum Teil leider mit jahrzehntelanger Verspätung).
Die Bürgerinnen und Bürger erleben die Kommune dann ganz hautnah und finden dann ganz schnell eine Gemeinderätin oder einen Gemeinderat. Und das ist gut so!

Sie erleben aber auch in Mosbach ihre Kommune als Träger einer vielschichtigen umfassenden Schullandschaft, als Garant eines überzeugenden Angebots von

Kindergärten, KiTas und Kleinkindbetreuung sowie als Garant für ein vielfältiges kulturelles Angebot, von der Musikschule über Theater, Musik bis hin zum Mosbacher Sommer.

Sie erleben ihre Kommune als Unterstützer ihrer über 200 Vereine.
Sie erleben die mehr als 300 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen als Garanten für eine Vielzahl kommunaler Leistungen vom Sozialamt bis zum Bauamt.
Auch das ist gut so!

Dass all diese angesprochenen Themen „rund“ laufen, finanziell hinterlegt sind und auch zukunftsfähig sind, brauchen wir einen Haushalt, der jedes Jahr für einige Wochen im Mittelpunkt der Beratungstätigkeit unseres Gemeinderats steht.

Wir haben uns in den letzten Jahren daran gewöhnt, dass trotz anfänglicher Unkenrufe immer wieder ein genehmigungsfähiger Haushalt verabschiedet werden konnte. Das lag vielleicht auch daran, dass die Fraktionen nicht versucht haben, sich gegenseitig mit zusätzlichen haushaltswirksamen Anträgen zu überbieten.

Die gute gesamtwirtschaftliche Lage hat natürlich auch Auswirkungen auf die kommunale Haushaltslage. Grund zum Jubilieren haben wir aber trotzdem nicht.
Der berühmte Mosbacher Satz „Wir leben hier in gesicherter Armut“ gilt immer noch.
Wir schaffen es immer noch nicht, Schulden zu tilgen, sondern im besten Falle weniger Kredite aufzunehmen. Das zwingt uns immer wieder zu größter Haushaltsdisziplin. Auch weil neue kommunale Aufgaben, weder durch Land oder Bund entsprechend – auskömmlich nämlich – finanziell gegenfinanziert werden. Zwar gibt es jetzt endlich den Pakt des Landes mit den Kommunen, die Flüchtlingsaufnahme, Betreuung und Anschlussunterbringung regelt. Er darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass das Land seit der Regierungsübernahme durch schwarz/grün die Finanzausgleichsmittel dennoch um 250 Mio € gekürzt hat – Auswirkungen auf Mosbach?

Einen Glücksfall für unsere Stadt stellen die Stadtwerke dar. Nicht nur, dass sie für Strom, Gas, Wasser, Abwasser, Wärmeversorgung, Netzbetrieb etc. zuständig sind,

sie garantierten in den letzten Jahren auch einen kommunalen Busverkehr und den Betrieb des Hallenbads und des Freizeitbads „famos“. Gerade die letztgenannten Leistungen wären aus dem städtischen Haushalt fast nicht zu finanzieren.
Herzlichen Dank an dieser Stelle an alle „Stadtwerkler“, an der Spitze die beiden Geschäftsführer Jaksz und Winkler..

Sehr geehrte Damen und Herren,

was uns in unseren Fraktionsberatungen zum diesjährigen Haushalt auch beschäftigt und besorgt gemacht hat, möchte ich nicht verschweigen. Ein ausgeglichener Haushalt mit einer positiven Zuführung von 3,9 Mio in den Vermögenshaushalt in Doppik-Deutsch heißt das ja jetzt: „Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushaltes und einer geplanten Kreditaufnahme von nur 1,9 Mio. darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass nicht alles „in Butter“ ist.

Die Kostenentwicklung im Baubereich und die Kostenexplosionen bei einigen Bauvorhaben, ich nenne nur APG und Renovierung PRS haben bei uns verstärkt nicht nur die Diskussion, sondern auch die Forderung nach personellen Veränderungen bzw. Verstärkungen im Bauamt belebt. Sicher kann man sagen, wir warten die Organisationsuntersuchung der alewo im Frühjahr ab und überlegen DANN eine mögliche Anpassung.
Nur dürfte diese dann nicht am Hinweis auf fehlende Haushaltsmittel scheitern, sondern aus den Mitteln des zu verabschiedenden Personalhaushalts bestritten werden können. Die Aufgaben und Belastungen des Bauamts werden auch im nächsten Jahr sicher nicht geringer. Ich denke dabei auch an die zu treffenden Entscheidungen im Zusammenhang mit der Neukonzeption des Areals des Pfalzgrafenstifts bzw. dessen entsprechender architektonischer und städtebaulicher Gestaltung und müssen auch kritisch die Kostenentwicklungen von Bauvorhaben, bei denen wir zwar nicht der Bauherr sind, aber doch ca. 2,5 Millionen investieren, begleiten .

Grundsätzlich möchte ich folgendes bemerken: Wir sind als SPD-Fraktion davon ausgegangen, dass Anträge und Anregungen, die wir in Haushaltsreden benennen, von der Verwaltung ernst genommen werden und ernsthaft geprüft werden. Sonst

wären wir gezwungen, diese wiederholt zu stellen. Ich erinnere an unsere Anträge zum Thema „Städtischer Wohnungsbau“ bzw. Personalsituation /Personalaufbau im Bauamt oder die Finanzausstattung für das LGS-Gelände.
Wenn Anträge jetzt auch von der AL gestellt werden, ist dies sonst eine Folge des von mir beklagten Umgangs mit Anträgen. Auch die Tatsache, dass es zur Lösung des Problems eines Toilettengangs im Bereich des Friedhofs Neckarelz des Antrags zweier Fraktionen bedarf, ist ein Beispiel dafür. Die Lösung eines „ dringenden Geschäfts“ wird so zu einer Investition im fünfstelligen Bereich, ohne dass die weiteren Probleme der Friedhofshalle gelöst werden. Hier haben wir in der letzten Woche im Haupt- und Finanzausschuss einen „modus viventi“ gefunden, der uns hoffen lässt.
Die größten Summen bei den Investitionen fließen in die Schulen, Kindergärten, die Feuerwehr, den ÖPNV und die Sanierungsgebiete. Wir vergessen dabei aber auch nicht den FC Mosbach und die Stadtteile.
Und unsere Zuschüsse erreichen nicht nur das Mehrgenerationenhaus, sondern auch einsame Menschen am Weihnachtsabend.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Ein Wort zur Wohnungssituation
Sicher haben wir in unserer Stadt einen akuten Mangel an bezahlbarem Wohnraum, der allerdings verglichen mit der Situation in Großstädten sich relativiert. Nur, um diesen Mangel zu beheben, brauchen wir mehr Initiative von Bund und, vor allem, Land. Als Stadt können wir mit uns zur Verfügung stehenden 120 WE das Problem nicht lösen. Wir könnten aber Bauflächen dem sozialen Wohnungsbau zur Verfügung stellen und mit den Akteuren in diesem Bereich vielleicht doch so etwas wie einen „Wohnraumgipfel“ für Mosbach organisieren! Das wäre doch einen ermutigendes Zeichen.
Eine Anmerkung zum „Runden Tisch“ Pfalzgrafenstift sei mir erlaubt: Die Stadtverwaltung müsste auf möglichst breiter Basis frühzeitig und umfassend informieren – aber auch die Fraktionen sind aufgerufen, die Diskussion über eine Zukunft des jetzigen Areals nicht der Bürgerinitiative zu überlassen.
Bei der Bebauung sind egal wie die zukünftige Nutzung aussieht, auch städtebauliche und architektonische Aspekte zu berücksichtigen.

Lob u. Dank

Zustimmung zu den Haushalten

Schluss:

Der ländliche Raum war schon immer der Motor des Neuen, der Spott einiger Großstädter über die Provinz hingegen höchst provinziell.
Daher sollten wir es auch sehr selbstbewusst **NICHT** hinnehmen, dass der Ministerpräsident unseres Landes im Zusammenhang mit der Verteilung krimineller Geflüchteter meint, die sollte man eben in die „Pampa“ – sprich ländlichen Räume schicken. Das passt aber 1:1 zu der Einstellung einiger grüner Politiker, die ja in Zusammenhang mit dem Dieselfahrverbot in Stuttgart davon sprachen, dass man die dort ab 01.01.2019 nicht mehr erlaubten Diesel 4 Fahrzeuge ja in die ländlichen Räume verkaufen könnte.
Interessant ist, dass nach einer aktuellen Erhebung nur noch 11% der Familien in der Großstadt leben wollen. D.h. die Attraktivität der ländlichen Räume erlebt, nicht nur dadurch, einen ungeahnten Schub.
Und wir als eines der Zentren des ländlichen Raums in Nordbaden müssen alles tun um unsere Attraktivität zu halten und wenn es auch schwierig wird, noch zu steigern.
Das gelingt im Hinblick auf Schulen, Wissenschaft, Kultur und Sport, schon ganz gut, aber die Herausforderungen der Zukunft sind schon klar benannt, weiterer Ausbau der DHBW, Sicherung der Klinikstandorte, Verbesserung der ÖPNV und gute Rahmenbedingungen für alle Bürgerinnen und Bürger schaffen.
Es gibt also noch viel zu tun - packen wir es zusammen an
Der SPD ist um die Zukunft unserer Stadt nicht bange.